

/// Contra

DEUTSCHLAND BRAUCHT KEINE KERNWAFFEN – ABER EINE STRATEGISCHE NEUBESINNUNG

JOACHIM KRAUSE /// Der vorangegangene Artikel von Christian Hacke ist als Anlass zu folgender Debatte verstehen: Befinden wir uns in einer neuen internationalen Lage, in der wir eine grundsätzlich neue strategische Debatte benötigen? Wie ernst ist die strategische Lage Deutschlands? Welche Bedeutung kommt Kernwaffen in einer sich wandelnden internationalen Welt zu und was bedeutet das für deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Einführung

Christian Hacke vertritt die These, die internationale Lage für die Bundesrepublik habe sich so radikal verändert, dass es Zeit sei, über eine unabhängige deutsche Nuklearstreitmacht nachzudenken. Diese These ist nicht neu, sie wurde zuvor auch von Maximilian Terhalle aufgestellt und trifft in der Expertencommunity regelmäßig auf ein negatives Echo. Tatsächlich macht es keinen Sinn, eine deutsche Kernwaffenrüstung einzufordern. Diese Option steht dem heutigen Deutschland nicht mehr zur Verfügung. Es gibt hierzulande keine Experten mehr, die Kernwaffen herstellen könnten (es ist sogar strafbar, sich an der Konstruktion einer solchen Waffe zu beteiligen), kein Testgelände, kei-

ne geeigneten Trägersysteme, keine nationalen Kontroll-, Aufklärungs- und Führungseinrichtungen, keine sicheren Abschussplattformen und auch keinen sicheren und abgelegenen Ort, an dem der Bau von Kernwaffen umsetzbar wäre.

Vor allem sprechen aber rechtliche, strategische und politische Erwägungen dagegen:

Eine DEUTSCHE Kernwaffenrüstung ist heutzutage nicht mehr machbar.



Quelle: Mikhail Svetlov/Getty Images

Die militärische nukleare Bedrohung steigt derzeit wieder an. Vor allem Russland setzt seine Kernwaffen zunehmend als strategisches Druckmittel zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele ein.

- Die Bundesrepublik hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland dazu verpflichtet, keine Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zu beschaffen oder zu besitzen. Wenn Deutschland gegen diese Regelung verstößt, riskiert es, dass etwa Russland mit militärischen Kommandounternehmungen oder punktgenauen Luftangriffen den Aufbau einer deutschen Kernwaffenkapazität zerstören würde und sich dabei auf den Vertrag berufen könnte. Dann würde auch kein Bündnispartner seine Hand für Deutschland rühren.
- Innerhalb des Westens und vor allem innerhalb Europas würde sich Deutschland isolieren und vermutlich die Einheit der westlichen Allianz gänzlich zerstören.
- Die ökonomischen Auswirkungen wären enorm, weil das exportabhängige Deutschland Gegenstand von Wirtschaftssanktionen mit massiven Einschnitten würde.
- Es ist davon auszugehen, dass die politische Debatte innerhalb Deutschlands ein derart selbstzerstörerisches Potenzial entfalten dürfte, dass alleine dieser Umstand jeden vernünftigen Politiker davon abhalten wird, ein derartiges Projekt ins Auge zu fassen.

Der Aufsatz von Christian Hacke sollte aber Anlass sein, sich gründlich mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit

sich das internationale Umfeld Deutschlands verändert hat und welche Anpassungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik daraus resultieren sollten. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren merkliche Veränderungen gegeben, die die deutsche Politik nicht einfach übergehen kann. Von daher ist der Artikel von Christian Hacke als Weckruf zu verstehen. Die Debatte dazu muss aber breiter und komplexer angelegt sein.

Brauchen wir eine strategische Debatte?

Vordergründig gesehen gibt es in der heutigen deutschen Politik eigentlich nichts Unzeitgemäßeres, als eine strategische Debatte führen zu wollen, die sich zudem noch mit militärischen Dingen und zu allem Überfluss auch noch mit Kernwaffen beschäftigt. Die Bundesrepublik Deutschland lebt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in der festen Gewissheit, dass es keine strategische Konfliktlage mehr gibt, die die deutsche Sicherheit tangiert. Bedrohungen werden im Wesentlichen als globale Risiken begriffen. Dazu gehören der Klimawandel und die Umweltzerstörung sowie die Migration infolge von Hunger, Dürre und Kriegen. Militärische Instrumente gelten als wirkungslos und kontraproduktiv. Stattdessen werden multilaterale Verhandlungen und Entwicklungshilfe als angemessene Instrumente gesehen, gerne auch unter Einbeziehung von Nicht-Regierungsorganisationen. Kriege kommen nur noch als regionale Phänomene vor. Sie werden als Resultat von Rüstungswettläufen und Missverständnissen verstanden und können durch diplomatische Vermittlung, den Stopp deutscher Rüstungsexporte oder durch ökonomische Sanktionen beigelegt werden.

Für die deutsche Politik gibt es nur noch GLOBALE Risiken.

Deutschland hilft gerne dabei, Konflikte und Elend in der Welt durch guten Rat und gute Dienste zu überwinden. Diese Sichtweise findet sich auch in der Politik der Bundesregierung wieder. Diese verfolgt zunehmend eine Außenpolitik, die im Kern therapeutisch ist, aber keine strategische Richtung mehr erkennen lässt. Dieses deutsche Selbstverständnis basiert auf einer sozialen Konstruktion der Wirklichkeit, die heute mehr und mehr in Widerspruch zur internationalen politischen Realität gerät. Je größer diese Widersprüche werden, umso heftiger wird die soziale Konstruktion der Realität aber in Politik, Medien und Wissenschaft verteidigt, denn sie ist tief ideologischer Natur.

Tatsächlich gibt es wieder strategische Konfliktlinien (zu Russland und zum Iran) bzw. zeichnen sich neue ab (China-USA). Die vermeintliche Wirkkraft von Multilateralismus, Diplomatie und Entwicklungshilfe verblasst zusehends. Die europäische Integration, auf deren Fortbestehen die deutsche Politik baut, wird durch populistische und nationalistische Tendenzen gefährdet. All diese Entwicklungen werden wahrgenommen, führen aber zu keiner merklichen Anpassung in der Politik. Zu der spezifisch deutschen sozialen Konstruktion der Wirklichkeit gehört auch das weitgehende Ignorieren der Tatsache, dass der zivile und multilaterale Ansatz der Außen- und Sicherheitspolitik der

Bundesrepublik Deutschland lediglich im Rahmen einer funktionierenden liberalen internationalen Ordnung möglich ist. Diese Ordnung konnte bislang nur unter Bedingungen einer amerikanischen Hegemonie und einer starken militärischen Garantierolle der USA funktionieren.

Diese Garantierolle wird unter Präsident Trump aber in Frage gestellt, wenn gleich Rhetorik und Politik noch weit auseinanderliegen. Ob daraus ein dauerhafter Rückzug aus der internationalen Verantwortung wird, bleibt abzuwarten (bzw. zu verhindern). Sollte Trumps krude Rhetorik zu einer fundamentalen und dauerhaften strategischen Neuausrichtung der US-Politik führen, wäre das gleichbedeutend mit einer Re-Anarchisierung der internationalen Politik. Ohne die USA ist eine liberale internationale Ordnung bestenfalls noch als Restkategorie vorstellbar. Eine derartige Entwicklung würde die Bundesrepublik Deutschland in eine katastrophale Situation bringen, denn auf internationale Anarchie ist dieses Land nicht eingestellt. Von daher ist es wichtig, eine seriöse Debatte darüber zu beginnen, wie deutsche Politik verhindern kann, dass es zu dieser Entwicklung kommt. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht, denn das politische Establishment der USA steht hinter dieser internationalen Rolle der USA. Dazu gehört auch das Establishment der Republikanischen Partei. Diese Debatte wird bei uns so gut wie nicht geführt. Stattdessen gibt es Kritik an den Eskapaden des amerikanischen Präsidenten.

Eine strategische Debatte in Deutschland tut daher not, die sich mit den neuen Realitäten auseinandersetzt und die versucht, einen Neuansatz deutscher (und europäischer) Außenpolitik

zu formulieren, der diesen Realitäten gerecht wird. Ziel muss es sein, so viel wie möglich (genauer gesagt: mindestens das kritische Minimum) von der liberalen internationalen Ordnung zu erhalten. Eine völlige Re-Nationalisierung der internationalen Beziehungen (und die damit verbundene Re-Anarchisierung der internationalen Politik) würde Deutschland mit all den Dilemmata und Problemen konfrontieren, die zwischen 1890 und 1945 zu den bekannten schicksalhaften Fehlentscheidungen in Berlin geführt haben. Einen ähnlichen Rückfall zu verhindern, muss das übergeordnete Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik werden.

Es bedarf entsprechend der neuen strategischen Konfliktlinien einer REALISTISCHEN Debatte.

Wie ernst ist die strategische Lage Deutschlands?

Christian Hacke malt in seinem Artikel ein sehr düsteres Bild der Lage Deutschlands, die im Wesentlichen darauf beruht, dass er die amerikanische Sicherheitsgarantie für Deutschland als nicht mehr gegeben betrachtet. Diese Sichtweise ist zu pessimistisch. Die von ihm beschworene Gefahr besteht zwar durchaus, aber es liegt zu einem Großteil an der deutschen Politik, ob daraus eine reale Bedrohung unserer Sicherheit wird oder nicht. Deutschland ist nicht das neue „Feindbild“ der USA. Tatsächlich haben wir einen US-Präsidenten,

der das ausspricht, was Demokraten wie Republikaner seit Jahrzehnten zu Recht bemängeln: Deutschland hat sich in seiner post-modernistischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel zu sehr auf andere verlassen und seine Verteidigung grundlegend vernachlässigt. Von daher ist das Vernünftigste, was die deutsche Politik derzeit tun kann, ernsthaft dafür zu sorgen, dass die deutschen Verteidigungslasten auf ein Niveau ansteigen, welches den zugesagten 2 % des Bruttoinlandsproduktes entsprechen. Diese Summe ist im Übrigen auch notwendig, wenn die Bundeswehr all die Verpflichtungen erfüllen will, die sie in der NATO bis 2024 eingegangen ist. Das, was derzeit am Vernünftigsten erscheint, ist im heutigen Berlin allerdings politisch nicht durchsetzbar. Die Regierungspartei SPD besteht auf niedrigen Verteidigungslasten und begründet das mit dem angeblichen Rüstungswettlauf, den Deutschland ansonsten auslösen würde – ein absurdes und populistisches Argument. Auf Seiten der Union gibt es keine Kraft, die auf einen klaren Kurs drängt. Von daher gehen wir sehenden Auges in eine transatlantische Krise, die vermeidbar wäre und an deren Ende die sicherheitspolitische Isolation Deutschlands drohen kann.

Aber auch in anderen Bereichen kann deutsche Politik dazu beitragen, dass die internationale Ordnung erhalten bleibt. Das betrifft vor allem die Europapolitik. Die Europäische Union ist in der tiefsten Krise ihrer Existenz und es ist nicht sicher, ob diese Union in zehn Jahren noch handlungsfähig ist oder ob es sie überhaupt noch geben wird. Die Hauptprobleme sind alle hausgemacht: die Einführung des Euros, ohne sicherzustellen, dass die beteiligten Staaten die notwendige Anpas-

sung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik vornehmen, und die Einführung der Schengen-Zone ohne den effektiven Schutz der Außengrenzen der EU gegen illegale Migration und organisierte Kriminalität. Heute zerfällt in einem Land nach dem anderen der europäische Integrationskonsens. Mit Großbritannien scheidet demnächst die zweitgrößte Volkswirtschaft aus der Union aus, Italien, die viertgrößte Volkswirtschaft, ist auf einem ähnlichen Weg, und Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien entfernen sich sichtbar aus dem europäischen Konsens. Eine deutsche Initiative mit dem Versuch, einen neuen europäischen Konsens zu begründen, ist nicht abzusehen. Es gibt nicht einmal einen politischen Ansatz in diese Richtung. Dabei wäre dies notwendiger denn je.

Der Erhalt des **EUROPÄISCHEN Konsens ist existenziell wichtig.**

Ein weiterer Bereich, in dem sich entscheidet, ob die liberale internationale Ordnung eine Zukunft hat, ist der Umgang mit Russland. Die politische Führung in Moskau sucht den strategischen Konflikt mit dem Westen und fordert die liberale internationale Ordnung grundsätzlich heraus. Die Besetzung und Annexion der Krim, die hybride Invasion in der Ostukraine, der Ausbau einer Invasionsfähigkeit gegenüber den baltischen NATO-Staaten, Schweden und Finnland, die vielen militärischen

Provokationen (einschließlich unverhohlener Drohungen mit dem Einsatz von Kernwaffen) sowie die vielfältigen Versuche der Wahlbeeinflussung und Destabilisierung westlicher Staaten und Gesellschaften sprechen Bände. Russland stellt die zentralen Grundlagen der liberalen internationalen Ordnung in Frage: das Gewaltverbot, die Anerkennung der gleichen Souveränität für alle Staaten sowie das Verbot der gewaltsamen Veränderung von Grenzen.

In der Wissenschaft herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die Ursache dieser Politik innenpolitischer Natur ist. Das heutige Russland wird von einer kleptokratischen Machtvertikale beherrscht, die ihre mangelnde innenpolitische Legitimität durch außenpolitische Aggressivität und Abenteuerlust kompensiert. Damit sind erhebliche Risiken verbunden, denn eine derartige Politik sucht begrenzte Konflikte, um territoriale und materielle Gewinne zu erzielen und um die Heroisierung der politischen Führung zu betreiben. Dabei setzt sie auf zögerliches Verhalten und die mangelnde Einigkeit westlicher Politik und tendiert dazu, immer größere militärische Risiken einzugehen. Letzteres ist das, was heute dazu beiträgt, dass es in Europa wieder eine reale Kriegsgefahr gibt.

Die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien hat auf die von Russland ausgehende Bedrohung der internationalen Ordnung nur sehr zögerlich reagiert. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der NATO zu einer aktiven Rolle bei der Aufstellung einer schnell verlegbaren Truppe zum Schutz der baltischen Staaten, zur Führung eines multinationalen Bataillons in Litauen und zur Unterstützung des neuen Joint Support and Enabling Commands

in Ulm verpflichtet. Auch trägt sie westliche Sanktionen mit, die nach dem Abschuss des malaysischen Flugzeugs MH 17 im Juli 2014 gegen russische Einrichtungen verhängt wurden. Aber insgesamt bleibt ihre Politik widersprüchlich und zögerlich. Es ist keine Strategie des Umgangs mit Russland zu erkennen, insbesondere nicht, was den Einsatz ökonomischer Druckmittel und militärischer Instrumente betrifft.

In SPD und Union werden zudem teilweise fragwürdige Bedenken gegen die fortgesetzte Politik der Sanktionen geäußert. Die versprochene führende Rolle bei der Verteidigung der baltischen Staaten erfordert zusätzliche Verteidigungsausgaben, die die SPD ablehnt. Und das von der Bundeskanzlerin verkündete Bemühen um die Verringerung der Abhängigkeit von russischen Gas- und Öllieferungen wird durch den Bau einer zweiten Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland durch die Ostsee (Northstream 2) konterkariert. Die Bundesregierung steht auch der dauerhaften Stationierung alliierter Truppen in den baltischen Staaten, was die beste Versicherung gegen eine russische Aggression wäre, ablehnend gegenüber. Stattdessen scheint sie davon auszugehen, dass man durch Gespräche und Beschwichtigung die russische Politik grundsätzlich ändern könne – bislang aber ohne großen Erfolg.

Die deutsche Politik gegenüber der russischen Konfliktstrategie ist ZÖGERLICH und widersprüchlich.

Neben diesen sehr stark auf Europa und die transatlantische Welt bezogenen strategischen Entwicklungen spielen natürlich auch noch das breitere internationale Geschehen eine Rolle, insbesondere der Aufstieg Chinas zu einer Globalmacht sowie die Krise der arabischen und auch der weiteren muslimischen Welt und die Strukturkrisen Afrikas. Jede dieser Entwicklungen verschärfen die ohnehin bestehenden Probleme für die Aufrechterhaltung einer internationalen Ordnung noch.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die internationale Ordnung und das durch sie gebildete kooperative Umfeld der deutschen Außenpolitik gefährdet sind. Dabei bestehen vielfältige Spielräume für eine deutsche Politik, die den Verfall des kooperativen Umfeldes verhindern oder in seinen Konsequenzen mindern können. Diese Spielräume werden durch die deutsche Außenpolitik aber nicht genutzt. Stattdessen wird die deutsche Politik durch Zögerlichkeit, Widersprüchlichkeit und Beschwichtigung gekennzeichnet und verfällt zunehmend in einen unreflektierten friedenspolitischen Populismus, bei dem bequeme Lösungen für komplexe und schwierige Probleme gesucht werden.

Welche Bedeutung kommt Kernwaffen in einer sich wandelnden internationalen Welt zu?

Wenn sich die internationalen Beziehungen weiter verschlechtern, bedeutet das, dass auch das kooperative, liberale internationale Umfeld der Bundesrepublik Deutschland weiter verfällt. Wie muss man dann mit nuklearen Risiken und Bedrohungen umgehen? Diese Frage ist unbequem, aber sie zu stellen, ist unumgänglich.

Leider sind nukleare Risiken wieder im Anstieg begriffen. Das hängt nicht mit dem immer wieder beschworenen mutmaßlichen „Rüstungswettlauf“ zusammen, sondern damit, dass Russland Kernwaffen wieder eine militärische Rolle zukommen lässt, deren Umsetzung destabilisierend wirkt. Solange

Russland setzt seine Kernwaffen in DESTABILISIERENDER Weise ein.

Kernwaffen nur die Funktion haben, ein Land vor einer Invasion zu schützen, sind diese nicht nur unschädlich, sondern fördern den Frieden. Wenn aber ein Kernwaffenstaat wie Russland seine nuklearen Mittel nutzt, um andere Länder damit zu bedrohen, oder gewaltsam Grenzen verändert und jeden Versuch der Wiederherstellung des Status quo ante unter eine nukleare Bedrohung stellt, dann ist ein Punkt erreicht, an dem Kernwaffen wieder zu einer erheblichen Bedrohung werden. Darauf muss sich auch die deutsche Politik einstellen. Die allgemeine Abschaffung von Kernwaffen zu fordern, ist dabei die leichteste aller Optionen – nur ist sie noch weniger realistisch als die Forderung nach deutschen Kernwaffen. Das Beharren darauf hilft den absehbaren Sicherheitsbedrohungen nicht ab.

Tatsächlich besteht derzeit in Europa eine militärische Lage, wo es durchaus Ähnlichkeit mit der Situation in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhun-

derts gibt, als die Sowjetunion Mittelstreckenwaffen des Typs SS-20, mit denen sie Ziele in Europa direkt bedrohen konnte, aufstellen ließ. Diese Raketen sollten der sowjetischen Seite die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen der damals geplanten kontinentalen Offensivoperation des Warschauer Paktes (genauer gesagt: der militärisch bis ins kleinste Detail geplanten Eroberung der Bundesrepublik Deutschland, der Benelux-Staaten, Jugoslawiens, Österreichs, Italiens, Griechenlands, Dänemarks, Norwegens, Schwedens und der Türkei) über ein nukleares Erpressungspotenzial zu verfügen. Damit sollte die Abschreckungsstrategie der NATO unterlaufen werden.

Es ging der Sowjetunion darum, den erweiterten nuklearen Abschreckungsverbund der USA für Westeuropa durch „Entkopplung“ unwirksam und unglaublich zu machen. Im Falle eines raschen oder auch nur teilweisen operativen Erfolgs der Offensive hätten die SS-20 Raketen Moskau die Möglichkeit gegeben, europäische Hauptstädte oder wichtige Einrichtungen der NATO direkt mit selektiven Nuklearschlägen zu bedrohen. Anstelle der beabsichtigten vorbedachten Eskalation der NATO gegen einen Angriffskrieg des Warschauer Paktes wären die europäischen Regierungen vor die Wahl gestellt worden, entweder zu kapitulieren oder die eigene Zerstörung zu riskieren. Die NATO reagierte mit der Aufstellung eigener, landgestützter Mittelstreckenwaffen (Pershing II und Cruise Missiles). Ziel war es, das Kalkül der sowjetischen Seite zu durchkreuzen. Dabei sollte das Territorium des Landes nicht ausgespart bleiben, welches für die Eröffnung des Krieges verantwortlich gewesen wäre,

ohne dass die Pershing II Raketen zu einem nuklearen Erstschlag fähig gewesen wären. Es ging beiden Seiten um Eskalationsdominanz, allerdings mit völlig unterschiedlicher Zielrichtung. Der Sowjetunion ging es um die Kontrolle über den Ausgang eines von ihr begonnenen umfassenden Angriffskrieges in Europa. Der NATO ging es darum, einen ihr aufgezwungenen Verteidigungskrieg zu eigenen Bedingungen so rasch wie möglich zu beenden und den Status quo ante ohne den Verlust territorialer Integrität wiederherzustellen.

Der Warschauer Pakt diente der Sowjetunion als nukleares ERPRESSUNGSPOTENZIAL.

Heute ist die Lage insofern grundlegend anders, als dass Russland nicht die Fähigkeit zu einer kontinentalen Invasion besitzt. Insbesondere sind keine 20 russischen Divisionen in der Mitte Europas stationiert und der Warschauer Pakt ist längst Geschichte. Russland hat sich im vergangenen Jahrzehnt aber erneut eine regional auf den nördlichen Ostseeraum und die Ukraine begrenzte, militärische Invasionsfähigkeit aufgebaut, die in den baltischen NATO-Staaten sowie in Finnland und Schweden zu Recht als existenzielle Bedrohung ihrer territorialen Sicherheit angesehen wird. Es gibt derzeit keine vergleichbaren Streitkräfte der NATO vor Ort, die dem entgegenwirken könnten.

In Moskau scheint in diesem Zusammenhang die gleiche strategische Überlegung vorherrschend geworden zu sein, die in den 70er-Jahren zur Beschaffung von SS-20 Raketen führte. Um territoriale Gewinne absichern zu können, werden Kernwaffen mittlerer Reichweite disloziert, die Russland Eskalationsdominanz verschaffen, etwa um eine Rückeroberung der baltischen Staaten durch die NATO zu verhindern. Diese Waffen erlauben es, europäische Regierungen oder militärische Einrichtungen der NATO direkt mit Kernwaffen zu bedrohen. Damit kann Moskau im Bedarfsfall die Europäer vor die Wahl stellen, entweder russische Eroberungen zu akzeptieren oder einen Kernwaffenkrieg zu riskieren.

Moskau setzt mittlerweile auf eine REGIONALE militärische Invasionsfähigkeit.

Diese Fähigkeiten legt sich Russland derzeit durch die Einführung einer neuen U-Boot-Klasse (Jasen bzw. Severodvinsk), die nuklearfähige Marschflugkörper vom Typ Kalibr 3M14 mit sich tragen, zu. Diese Marschflugkörper lassen sich auch von Überwasserschiffen einsetzen. Damit wird es dem russischen Militär möglich, aus unterschiedlichen Seegebieten heraus Ziele in Nord- und Mitteleuropa punktgenau anzugreifen (nuklear oder konventionell). Des Weiteren geschieht dies durch die Verlegung von nuklearfähigen Iskander-

M-Raketen mit einer Reichweite von knapp 500 km in den Bezirk Kaliningrad. Diese können nicht nur Warschau, sondern auch Berlin erreichen. Die seit einigen Jahren von der NATO angeordnete Verletzung des INF-Vertrags durch Russland im Wege der Einführung des neuen Marschflugkörpers Iskander-K (9M729) vervollständigt das Bild einer neuen nuklearen Herausforderung der europäischen Sicherheit durch Russland.

Was bedeutet das für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Mit dieser neuen nuklearen Bedrohung muss sich auch die deutsche Politik auseinandersetzen. Das Problem löst man nicht, indem man die Gefahr eines Rüstungswettlaufs beschwört und hauptsächlich die USA für die Eskalation verantwortlich macht. Notwendig ist eine realistische, an den tatsächlichen Bedrohungen orientierte und von strategischem Fachverstand begleitete Politik, die auch der Öffentlichkeit reinen Wein einschenkt und sich nicht hinter Floskeln verbirgt.

Eine derartige Auseinandersetzung sollte im Rahmen der NATO erfolgen und darf nicht im deutschen Alleingang passieren. Die NATO (und damit auch die Bundesregierung) wird sich mit der neuen russischen Herausforderung im Bereich von nuklearen und konventionell bestückten Mittelstreckenraketen befassen und entsprechend reagieren müssen, und zwar effektiv und maßvoll. Dazu bedarf es voraussichtlich keiner Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, aber es bedarf intensiver Bemühungen zur Verbesserung der Raketenabwehr gegen ballistische Mittelstreckenra-

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte weiter in **ZUSAMMENARBEIT** mit der NATO stehen.

ten und vor allem gegen schnelle und agile Marschflugkörper. Es bedarf auch einer Debatte über die Anpassungen im Bereich der Abschreckungsdoktrin der NATO.

Ausblick

Es besteht die reale Gefahr, dass sich das geordnete und kooperative Umfeld der Bundesrepublik fundamental verschlechtert und der kooperativen Außenpolitik Berlins der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Die Hauptgefährdungen sind der Zerfall der Atlantischen Allianz, die Desintegration der Europäischen Union sowie die zunehmende Militarisierung der Politik Russlands. Hinzu kommen die direkten und indirekten Folgen des Aufstiegs Chinas und der sich abzeichnenden Rivalität zwischen China und den USA. In dieser Situation gibt es eine Vielzahl von vornehmlich politischen Optionen deutscher Politik, diesen Verfall aufzuhalten.

In erster Linie muss Deutschland die Stabilisierung der nordatlantischen Allianz durch eine Politik betreiben, die bei Verteidigungslasten einen größeren Ausgleich herstellt. Zudem muss Deutschland viel energischer als bislang geschehen eine Reform der Europäischen Union betreiben, die der Gefahr des Zerfalls entgegenwirkt. Drittens muss Deutschland der durch Russland

ausgehenden Gefahr der Zerstörung der internationalen Ordnung viel entschlossener gegenüberreten, als bislang geschehen.

In diesem Zusammenhang ist auch die neue eurostrategische Bedrohung durch russische Mittelstreckenwaffen zu thematisieren. Deutschland kann diese Optionen nur nutzen, wenn es sich innerhalb der eingespielten und noch funktionierenden transatlantischen und der europäischen Strukturen bewegt. Ein deutscher Alleingang in Richtung einer eigenen Kernwaffenrüstung wäre der schnellste Weg zur Zerstörung dieser kooperativen Strukturen und würde die befürchtete Re-Anarchisierung der internationalen Beziehungen beschleunigen. Zudem ist die Option eigenständiger deutscher Kernwaffen aus völkerrechtlichen, technischen und politischen Gründen nicht realisierbar.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine politisch-strategische Debatte über den derzeitigen strategischen Wandel und seine Folgen überfällig ist und dass diese Debatte auch nukleare Fragen einbeziehen muss. Es ist aber nicht ratsam, einen separaten deutschen Weg zu einer Kernwaffenrüstung einzuschlagen. Im Gegenteil, dadurch würden die heutigen Probleme nur noch verschärft. ///



/// PROF. DR. JOACHIM KRAUSE

ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.